

Kommentar Wirtschaftspolitik
2015/33 | 1. Dezember 2015

Globale Wettbewerbsfähigkeit: Europa muss sein Potential nutzen

Europa verliert im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem die USA hat sich in den letzten Jahren von der EU bzw. der Eurozone abgesetzt. Die konsequente Vertiefung des europäischen Binnenmarkts kann für die EU entscheidende Impulse liefern, um im globalen Wettbewerb wieder aufzuholen. Gleichzeitig wächst innerhalb der EU die Divergenz unter den Mitgliedsstaaten, insbesondere innerhalb der Währungsunion. Wengleich von einem Zerfall der Eurozone im Moment nicht mehr die Rede ist, bestehen die strukturellen Probleme in der Währungsunion weiterhin, mit Nachteilen auch für die österreichische Wirtschaft.

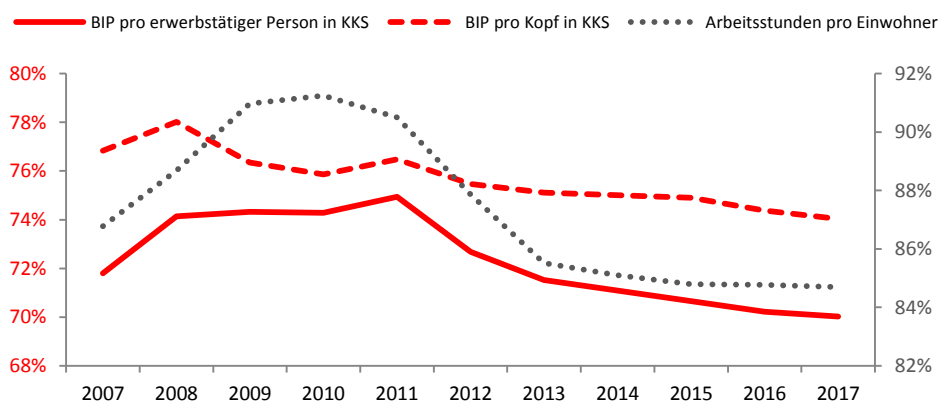
Binnenmarkt als Wachstumsmotor

Seit dem Amtsantritt der neuen Europäischen Kommission von Jean-Claude Juncker vor über einem Jahr ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung stärker in den Mittelpunkt gerückt. Angesichts der verhaltenen Wachstumsdynamik in der EU und des steigenden Produktivitätsverlustes insbesondere gegenüber den USA ist das eine positive Entwicklung. In strategischen Bereichen, die jedenfalls europäische Lösungen erfordern und großes Wachstumspotential für die europäische Wirtschaft bergen, wurden erste Grundsteine gelegt und konkrete Umsetzungsvorschläge vorgelegt. Diese betreffen in erster Linie die weitere Vertiefung des Binnenmarkts, der nach wie vor Europas größter Wachstumsmotor ist.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. Katja Senger
+43 (0)5 90 900-4401
katja.senger@wko.at

Eurozone, in % des US-Niveaus



Quelle: Europäische Kommission

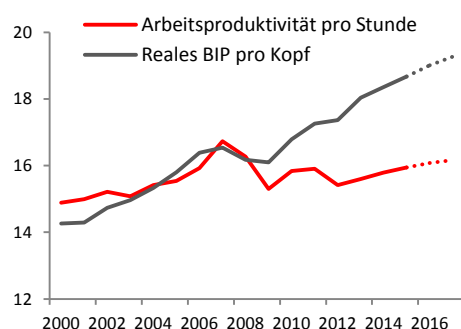
Mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen versucht die Europäische Kommission ein Zeichen gegen die anhaltende Investitionsschwäche in Europa zu setzen. Zusätzlich kann die Umsetzung der europäischen Kapitalmarktunion die Unternehmensfinanzierung wesentlich verbessern und neue Möglichkeiten für Investoren schaffen. Damit Unternehmen von den Chancen der zunehmenden Digitalisierung optimal profitieren können, braucht es einen europäischen Rechtsrahmen. Ein gemeinsamer Energiebinnenmarkt ist notwendig, um die Versorgungssicherheit in Europa zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten. Nicht zuletzt werden die Initiativen zur besseren Rechtssetzung einen wesentlichen Beitrag zum Bürokratieabbau auf europäischer Ebene leisten.

Allerdings sind die Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft in erster Linie auf Ebene der Mitgliedsstaaten sicherzustellen, nicht zuletzt durch eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung. Für die Wettbewerbsfähigkeit sind viele Faktoren aus unterschiedlichen Politikbereichen ausschlaggebend: eine leistungsfähige Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräften, Innovationen, funktionierende Finanzmärkte, eine leistbare und verlässliche Energie- und Rohstoffversorgungen und nicht zuletzt die Qualität der rechtlichen Rahmenbedingungen und der öffentlichen Verwaltung. Entscheidungen aus anderen Politikbereichen haben oft direkten oder indirekten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit und damit auf das Wachstumspotential und die Beschäftigungsentwicklung. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kann deshalb auf lange Sicht nur durch einen horizontalen Ansatz gelingen, der sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene konsequent verfolgt wird.

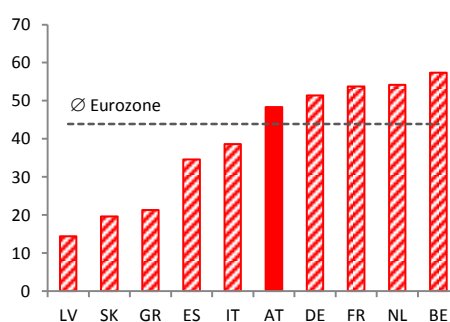
Strukturelle Probleme belasten Eurozone

In punkto Wettbewerbsfähigkeit haben sich die EU-Mitgliedstaaten in unterschiedliche Richtungen entwickelt. Von einem hohen Grad an wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz ist man selbst innerhalb der Eurozone weit entfernt. Die massive Divergenz in der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere innerhalb der Währungsunion, stellt eine Herausforderung dar, die es für Europa in den nächsten Jahren zu lösen gilt, wenn die Gemeinschaftswährung langfristig Bestand haben soll. Wenngleich in den letzten Jahren Fortschritte gemacht wurden, bleibt das europäische Regelwerk der gemeinsamen Wirtschaftspolitik in seinem Charakter unverbindlich. Solange die wesentlichen Treiber der Wettbewerbsfähigkeit in die einzelstaatliche Zuständigkeit fallen, liegt auch die Verantwortung für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion letztendlich in den Mitgliedsstaaten und nicht in Brüssel.

Standardabweichung in EUR,
Eurozone (19 Länder)



Nominales BIP pro Arbeitsstunde in EUR,
2015



Quelle: Europäische Kommission, AMECO Datenbank

Fazit für Österreich

Um Konvergenz herbeizuführen und die EU und insbesondere die Eurozone weiterzuentwickeln, sind Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in allen EU-Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung der jeweiligen komparativen Vorteile notwendig. Aufgrund der starken Verflechtung der österreichischen Unternehmen mit europäischen Handelspartnern profitiert Österreich in jedem Fall von mehr Stabilität und Konvergenz innerhalb der Eurozone. Divergierende Entwicklungen hingegen schwächen die Eurozone und Europa insgesamt, und damit auch die österreichische Wirtschaft. Mit dem langsam einsetzenden Aufschwung muss das Vertrauen in Europa nun weiter gestärkt werden, um die Investitionsschwäche endlich zu überwinden und die Produktivitätsverluste der letzten Jahre wieder aufzuholen. Dazu sind Anstrengungen auf europäischer wie nationaler Ebene notwendig, insbesondere auch in Österreich.

Wirtschaftskammer Österreich

Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung